



Anette Kramme  
www.anette-kramme.de

Juli 2011

#### In dieser Ausgabe:

Seite 1: Gute Arbeit  
Seite 2: Reformpläne der Regierung; Bürgerarbeit  
Seite 3: Künstlersozialversicherung  
Seite 4: Kahlschlagkonferenz; Teilzeit  
Seite 5: Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention  
Seite 4: Rente mit 67; Inklusion  
Seite 6: Rente für behinderte Menschen; Sanktionsrecht  
Seite 7: Betriebsrätekonferenz

## Die Zahl des Monats: 7.600

So viele Plätze in der Bürgerarbeit wurden bisher bundesweit bewilligt. Geplant waren 34.000. Das macht magere 22 Prozent.

Hier wird wieder deutlich: Ministerin von der Leyen ist die Ankündigungsmi-  
nisterin der Regierung. Wenn es aber an die Umsetzung der vollmundigen Pläne geht: Fehlanzeige.

# REPORT AUS BERLIN

Aktuelles aus der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

## Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung jetzt stellen

*Die von der Bundesregierung geplante Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente soll 2012 in Kraft treten. Schwarz-Gelb verspricht eine effektivere und effizientere Arbeitsmarktpolitik. Doch die vorgelegten Vorschläge spalten den Arbeitsmarkt. Die Koalition nimmt Menschen die Chance, sich zu Fachkräften zu qualifizieren, und sie verbaut Langzeitarbeitslosen Teilhabe durch dauerhafte Beschäftigung. Aus diesem Grund hat die SPD einen eigenen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem sie die richtigen Weichenstellungen für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik vornehmen will.*

Die Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme beschreibt die Herausforderungen folgendermaßen:

„Zunehmender Fachkräftebedarf einerseits, Langzeitarbeitslose ohne Perspektive andererseits – beides

**„Unsere Strategie der Vollbeschäftigung schließt alle mit ein.“**

Anette Kramme

Herausforderungen, auf die die Politik Antworten finden muss. Langzeitarbeitslose dürfen nicht ausgeschlossen werden. Unsere Strategie der Vollbeschäftigung schließt alle mit ein.“ Statt wie die Bundesregierung den arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkasten finanziell auszublenden, setzt die SPD auf eine Arbeits-

marktpolitik, die sich an den Herausforderungen unserer Zeit orientiert.

Dabei muss speziell der Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit gelingen. Unverzichtbar ist ein leistungsfähiger Sozialer Arbeitsmarkt. Dieser eröffnet auch Menschen mit fehlender Ausbildung und gesundheitlichen Problemen eine neue Perspektive auf Beschäftigung, die sie ohne Förderung nicht hätten. Öffentlich geförderte Beschäftigung dient dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen wieder herzustellen und damit auch Teilhabe am Arbeits- und Sozialleben zu ermöglichen.

Für SPD-Fachpolitikerin Katja Mast ist wichtig, dass häufiger als in der Vergangenheit Brüche im Erwerbsleben beim Übergang zwischen verschiedenen Lebensphasen (Ausbildung, Familie, Arbeitslosigkeit,

Selbstständigkeit) bewältigt werden müssen. „Deshalb muss eine zukunftsweisende Arbeitsmarktpolitik den

Erhalt und die Erweiterung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellen“, so Mast.

In Zeiten von steigendem Fachkräftebedarf werden Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen immer wichtiger, betont Arbeitsmarktpolitikerin Gabriele Lösekrug-Möller.

„Deshalb brauchen wir nachhaltige Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiativen und eine kluge Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.“ Sie fordert daher eine Kultur der 2. Chance und des sozialen Aufstieges. Aus diesem Grund setzt die SPD-Bundestagsfraktion für die Entfristung der Einstiegsqualifizierungen und mehr Praxisbezug in der Arbeitsförderung gerade für Jugendliche ein.



Gabriele Lösekrug-Möller, MdB

## Modellprojekt Bürgerarbeit floppt bundesweit

*Im letzten Jahr wurde sie mit großen Worten angekündigt, doch nach und nach stellt sich heraus, dass sie sich immer mehr zum Desaster für die Arbeitsministerin entwickelt. Die Rede ist von der sogenannten Bürgerarbeit.*

Die SPD-Arbeitsmarktpolitikerin Katja Mast kritisiert, dass seit dem Start des schwarz-



Katja Mast, MdB

beit vor einem Jahr bundesweit gerade einmal 7.600 von rund 34.000 möglichen Bürgerarbeitsplätzen bewilligt wurden:

„Das entspricht rund 22 Prozent und ist eine äußerst magere Bilanz. Nach Langzeitarbeitslosen, die tatsächlich Bürgerarbeit verrichten, muss man mit der Lupe suchen“, so Mast.

Die desaströsen Zahlen musste die Bundesregierung

eine Beschäftigung finden.“

Die Politikerinnen unterstreichen, dass die aktuell unter drei Millionen Arbeitslosen mit den heutigen Arbeitsmarktinstrumenten erreicht wurden. Wenn Schwarz-Gelb diese jetzt zusammen streiche, dann sind die arbeitsmarktpolitischen Erfolge akut gefährdet.

Anette Kramme bringt es auf den Punkt: „Der Reform Ursula von der Leyens fehlt die Zukunftsperspektive. Sie will nichts verbessern, sondern stellt das aktive Fördern in der Arbeitsmarktpolitik in Frage. Offenbar kommt es Frau von der Leyen nicht auf eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik an.“

Die SPD sieht die Vorgaben der Arbeitsministerin unter dem Spardiktats von Finanzminister Schäuble stehen. Die Einsparungen sind kein erfreulicher Nebeneffekt, sondern Hauptziel der angeblichen Reform. Eine Sozialministerin sollte jedoch nicht bloß umsetzen, was Wolfgang Schäuble fordert, sondern für ihren Fachbereich kämpfen.

auf Nachfrage der SPD-Bundestagsfraktion veröffentlichen.

Zwar können die Jobcenter bis Ende Oktober 2011 noch Anträge für das Modellprojekt stellen. Doch schon jetzt ist klar, dass Ursula von der Leyen ihr Ziel verfehlen wird, 34.000 Bürgerarbeitsplätze zu besetzen.

SPD-Politikerin Gabriele Lösekrug-Möller ergänzt: „Leidtragende einer Politik, die keine Perspektiven eröffnet, sind Langzeitarbeitslose, die durch

## Die Pläne der Regierung in der Kritik: >>>Ein vernichtendes Fazit <<<

Das rigorose Ausmisten der Arbeitsmarktinstrumente durch Ministerin von der Leyen ist fatal“, so die Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. „Nimmt man die Idee von Arbeitsmarktinstrumenten ernst, muss man eine gewisse Vielfalt erhalten.“

Für sie steht fest, dass der Instrumentenkasten nicht nur aus Hammer und Schraubenzieher bestehen darf, sondern auch Feilen und Zangen braucht. Nur so könne man langfristig die verschiedenen Probleme am Arbeitsmarkt reparieren.

Auch Katja Mast sieht die Pläne des Arbeitsministeriums äußerst kritisch: „Von der Leyen denkt zu kurz, wenn sie nur die unmittelbare Integration in den Arbeitsmarkt sieht. Manche Instrumente haben andere Funktionen. Die Arbeitsgelegenheiten etwa können und sollen ein erster Schritt auf dem Weg in eine nicht geförderte Beschäftigung sein. Wenn von der Leyen diesen ersten Schritt verwehrt, werden viele Arbeitslose nie wieder

eine Beschäftigung wieder am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen. Ursula von der Leyen hat viel versprochen und wenig gehalten. Auf Kritik an der Ausgestaltung ihres Modellprojektes hat sie teilweise spät und teilweise gar nicht reagiert.“

Die Frage der Tarifgebundenheit von Bürgerarbeitsplätzen ist weiter zwischen Arbeitsministerium und den Tarifvertragsparteien umstritten. Sie ist aus der Sicht der Gewerkschaften eindeutig gegeben. Das Arbeitsmi-

nisterium hingegen bestreitet weiter, dass Bürgerarbeitsplätze unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst fallen.

„Das Genehmigungsverfahren für Bürgerarbeitsplätze ist extrem bürokratisch“, weiß Arbeitsmarktexpertin Mast. „Während beispielsweise bei den Arbeitsgelegenheiten vor Ort in den JobCentern entschieden wird, ob die Fördervoraussetzungen gegeben sind, erfolgt bei der Bürgerarbeit die Prüfung

zentral durch das Bundesverwaltungsamt. Das kritisieren auch viele JobCenter scharf.“

Die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme überrascht all dies nicht: „Es ist kein Wunder, dass die Bürgerarbeit bundesweit floppt. Frau von der Leyen ist eine Meisterin der Ankündigung. Das Modellprojekt hat den Titel Bürgerarbeit nicht verdient.“

## Die Künstlersozialversicherung ist ein Erfolgsmodell

*Vor 30 Jahren wurde die Künstlersozialversicherung eingeführt. Damals verabschiedete der Deutsche Bundestag auf Initiative der SPD ein entsprechendes Gesetz, das es auch Künstlern eine soziale Absicherung mögliche. Arbeitsmarktpolitikerin Angelika Krüger-Leißner nahm dieses Jubiläum zum Anlass für ein Resümee.*



Angelika Krüger-Leißner, MdB

Die SPD wollte soziale Absicherung von freiberuflichen Künstlern, die nicht in die Sozialgesetzgebung Bismarckscher Prägung passten. Die meisten Künstler und Publizisten haben wegen schwankender Auftragslage kein regelmäßiges Einkommen. Manche leben am Rande des Existenzminimums.

Mit der KSV wurde ein Modell gefunden, das freiberufliche Künstler und Publizisten in die solidarische Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezieht. Inzwischen gibt es fast 170.000 Versicherte. Wie Arbeitnehmer zahlen sie nur den halben Beitrag in die Künstlersozialkasse. Die andere Hälfte teilen sich die Verwerter (30 Prozent) und der Bund (20 Prozent).

Angelika Krüger-Leißner sieht durch die anhaltenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, vor allem im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Grenzen zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit

verschwimmen. „Insbesondere Kultur- und Medienschaffende wechseln häufig zwischen kurz befristeter abhängiger Beschäftigung und projektgebundener Tätigkeit auf Honorarbasis.

Auch im übrigen Arbeitsmarkt machen sich diese Tendenzen breit. Das stellt die KSV und unser Sozialversicherungssystem als Ganzes vor neue Herausforderungen“, skizziert die Arbeitsmarktexpertin die Herausforderungen für die Zukunft.

Für die SPD-Politikerin steht fest, dass das Erfolgsmodell KSV weiter stabilisiert und das Sozialversicherungssystem insgesamt angepasst werden muss.

**„Im Ausland werden wir darum beneidet.“**

Angelika Krüger-Leißner

## Vertreter des Bayreuther Vereins Horizonte bei Arbeitsmarktkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

*Die von der Bundesregierung geplanten drastischen Mittelkürzungen in der Arbeitsmarktpolitik waren Thema einer Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Aktive Arbeitsmarktpolitik statt Fachkräftemangel“. Über 200 Arbeitsmarktexperten von Beschäftigungsgesellschaften und Weiterbildungsträgern aus ganz Deutschland folgten der Einladung und diskutierten über die Folgen des angestrebten Kahlschlags bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten durch die Bundesregierung.*

Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme begrüßte darunter auch zwei Gäste aus Bayreuth: Klaus Hamann und Thomas Wattenbach von Horizonte.

„Die schwarz-gelben Kürzungs-

pläne summieren sich – jeweils von 2012 bis 2015 – bei der Aktiven Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesagentur für Arbeit (SGB III) auf 11,5 Mrd. € und zu Lasten der Langzeitarbeitslosen (SGB II) auf 15 Mrd. €. Dies ist bundesweit ein Minus von zusammen atemberaubenden 26,5 Mrd. € bis 2015“, erläuterte Kramme.



Vertreter des Vereins Horizonte bei der Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

Bayern werde dabei von den Kürzungen zu Lasten der Arbeitslosen bei der Bundesagentur wie bei den JobCentern von sage und schreibe allein 3,1 Mrd. Euro bis 2015 getroffen.

„Dieser Kahlschlag ist auch für ein strukturell gut aufgestelltes Land wie Bayern eine Katastrophe! Die Bundesarbeitsministerin betreibt einen arbeitsmarktpolitischen Kahlschlag und beschneidet mit ihrer sogenannten „Reform“ die Lebenschancen der Menschen vor Ort.“

Auch Klaus Hamann kritisiert: „Bei uns vor Ort in Bayreuth bedeutet diese Reform eine erhebliche Mittelkürzung. Bei den JobCentern fehlt jetzt das Geld für dringend erforderliche Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen und für öffentlich geförderte Beschäftigung. Und wir Weiterbildungsträger stehen mit dem Rücken zur Wand. Für das Horizonte-Projekt „Jugendwerkstatt“ z.B. bedeuten die Mittelkürzungen eine Gefährdung ihrer Existenz.“

### +++++++ Kurz notiert: Das Thema Teilzeit ++++++

*Gegenüber dem Handelsblatt kündigte Arbeitsmarktexpertin Anette Kramme an, das Thema Teilzeitbeschäftigung wieder auf die politische Agenda setzen zu wollen.* Sie unterstützt damit die jüngste Initiative der IG-Metall. Diese hatte kritisiert, dass immer noch viel zu viele

Frauen unfreiwillig in Teilzeit arbeiten. „Dabei verdienen diese nicht nur heute schlecht, sondern werden auch morgen nur eine mickrige Rente kriegen“, so Kramme. „Das Thema muss vom Gesetzgeber angepackt werden. Die SPD wird im Herbst einen Antrag vorlegen, der die Möglichkeit

vorsieht, Teilzeit nur befristet wahrzunehmen, so dass danach automatisch wieder ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis besteht. Außerdem wollen wir den bestehenden Rechtsanspruch auf Aufstockung der Arbeitszeit klarer ausformulieren, und die Durchsetzbarkeit der Ansprüche verbessern.“

## Regierungskoalition muss ihren Kurs in der Rentenpolitik korrigieren

**Der Rentenexperte des SPD-Bundestagsfraktion Anton Schaaf fordert, dass die Rente mit 67 ausgesetzt werden muss, solange sich Ältere noch immer am Arbeitsmarkt so schwer tun.**

Für den Politiker steht fest: „Erst wenn es genügend Arbeitsplätze für Menschen über 60 gibt, darf die Rente mit 67 kommen. Mit unserem Antrag "Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen: Arbeitsbedingungen verbessern - Rentenzugang flexibilisieren" machen wir deutlich, wie dies möglich ist, ohne dass es zu großen sozialen Verwerfungen kommt.“

Die Bundesregierung hingegen hält an ihrem Zeitplan fest. Schon im nächsten Jahr steht die erste Stufe der Anhebung

der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre an. Teile von Schwarz-Gelb halten sogar schon die Rente mit 69 Jahren für denkbar. Dabei ist klar: Mit dem späteren Rentenbeginn soll theoretisch die Erwerbsbeteiligung Älterer gesteigert werden. Mangels richtiger Arbeit müssen aber lediglich mehr Ältere die Zeit bis zur Rente mit prekären Jobs und in Arbeitslosigkeit überbrücken. „Dies führt im Ergebnis zu mehr Armut im Alter“, lautet Schaafs Fazit.

Er ergänzt, dass die Rentenpolitik der Bundesregierung kaum Schnittmengen mit den tatsächlichen Problemen Älterer auf dem Arbeitsmarkt und in der

Alterssicherung zeige. Deutschland befindet sich in der Wahrnehmung der Bundesregierung mitten im "Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt".

Der SPD-Politiker ist besorgt, dass die Regierung die Probleme auf dem Arbeitsmarkt ausblendet: „Es wird der Eindruck erweckt, als stehe nur noch das zu niedrige Rentenalter diesem "Aufbruch" im Wege. Zu diesem Schluss aber kann nur kommen, wer Daten und Analysen geschönt darstellt.“



Anton Schaaf, MdB

## Umfassende gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen muss gestärkt werden

**Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist der SPD-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Die Vorstellung des entsprechenden Positionspapieres der SPD nahm die Behindertenbeauftragten Silvia Schmidt zum Anlass, um der Bundesregierung die notwendigen Prioritäten ins Stammbuch zu schreiben.**

Sie fordert, dass die 2009 ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention endlich auch in

Deutschland zur Handlungsmaxime gemacht wird. „Sie bringt die menschenrechtliche Perspektive in die Behindertenpolitik ein und formuliert politische Ziele und Verpflichtungen für den Gesetzgeber und die Zivilgesellschaft, aber auch individuelle Rechte.

Die SPD ist die erste politische Kraft im Deutschen Bundestag,

die eine umfassende Positionierung zur UN Behindertenrechtskonvention vorlegt.



Silvia Schmidt, MdB

Menschen mit Behinderung haben das Recht, an allen Aspekten der Gesellschaft von Anfang an und gleichberechtigt teilzuhaben. Menschenrechte sind nicht erst ab einer bestimmten Betroffenenzahl umzusetzen, sondern gelten

grundsätzlich. Die Politikerin unterstreicht, dass das Positionspapier der SPD aus Anhörungen mit Experten und Verbänden entstanden ist und die Betroffenen in den Mittelpunkt gerückt hat.

**In allen Bereichen ist Inklusion Leitgedanke**

Eine zentrale Forderung des Positionspapieres ist es, Menschen mit Behinderung aus der Abhängigkeit der Sozialhilfe heraus zu holen und soziale Inklusion zu verwirklichen. Dafür wollen wir die Eingliederungshilfe der Sozialhilfe (SGB XII) in das Gesetz für Rehabilitation und Teilhabe (SGB IX) holen.

Silvia Schmidt tritt entschieden dafür ein die Betroffenen und ihre Bedarfe in den Blick nehmen und endlich weg zu kommen vom alten Fürsorge-System hin zu sozialer Teilhabe. „Die sozialen Teilhabeleistungen müssen daher einkommens- und vermögensunabhängig sein, denn Teilhabe darf nicht zur Ar-

mut führen.

„Wir brauchen umfassende Barrierefreiheit, damit Wohnen mitten in der Gemeinde statt in Heimen möglich wird. Wir fordern grundsätzlich diskriminierungsfreie Beförderung in allen Verkehrsbereichen und Barrierefreiheit auf allen Bahnhöfen, unabhängig von der Zahl der Fahrgäste“, skizziert die Behindertenbeauftragte einiger der Forderungen der SPD.

In allen Bereichen ist Inklusion Leitgedanke - die selbstverständliche Einbeziehung der Betroffenen von Anfang an. In der Schule, in der Arbeitswelt, zu Hause oder in der Öffentlichkeit.

Für Anette Kramme, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion ist wichtig, dass Inklusion schon im Kindes-

alter beginnt: „Wenn Kinder mit und ohne Behinderung wieder wie selbstverständlich gemeinsam aufwachsen, dann ist die Integration im Erwachsenenalter überflüssig. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, wollen wir alle Leistungen für Kinder mit Behinderung unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe zusammenfassen.“

Die SPD fordert außerdem, dass die staatliche Förderung für Bauvorhaben generell an Barrierefreiheit gekoppelt werden soll, um nachhaltige Investitionen zu garantieren. Das KfW-Förderprogramm "Altersgerecht Umbauen" muss weiterentwickelt und aufgestockt werden. Abgerundet werden soll dies durch ein Programm zur Förderung der Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden und eine Strategie für einen barrierefreien Tourismus.



Anette Kramme, MdB

## Die Pläne der Regierung in der Kritik:

>>> Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention ist unzureichend<<<

Der jüngst von der Bundesregierung vorgelegte Aktionsplan enthält lediglich wohlfeile Absichten und wenig konkrete Maßnahmen. Das ist für die Betroffenen ein harter Schlag, haben Union und FDP im Deutschen Bundestag die Verzögerung beim eigentlich für März angekündigten Plan doch damit begründet, dass man die Qualität des Plans verbessern wolle.

Die Regierung wird aus dem Ausgleichsfonds 100 Millionen Euro zur

Verfügung stellen, um die Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen zu verbessern. Das ist gut und richtig, aber nicht ausreichend. Denn was ist mit den Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, zum Beispiel durch die Förderung ambulanten Wohnens und einer bedarfsgerechten Leistung zur sozialen Teilhabe? Diesen – offenbar vergeblichen – Forderungen der Betroffenen, die die Regierung zu zwei Konferenzen geladen hatte,

um ihnen das Gefühl der Mitbestimmung zu geben, bleibt Ursula von der Leyen eine Antwort schuldig.

Menschenrechte dürfen jedoch nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden - jede Maßnahme und jedes Ziel braucht einen Umsetzungshorizont. Sonst fühlen sich die Menschen an der Nase herumgeführt. Die Ministerin nimmt das aber offenbar in Kauf.

## Rentenbeiträge für behinderte Menschen müssen solidarisch finanziert werden

*Die jüngst von der Bundesregierung beschlossene Änderung der Finanzierung von Rentenversicherungsbeiträgen für behinderte Menschen stößt bei vielen Verbänden auf Kritik. Die Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen, erwerben derzeit Rentenansprüche in Höhe von 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten. Die entsprechende Finanzierungsgrundlage soll jedoch geändert werden.*

Künftig wird die Erstattung dieser Beiträge an die Rentenversicherung nur dann durch Steuergeld des Bundes erfolgen, wenn behinderte Menschen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt tätig sind.

Für Personen im sogenannten Eingangs- oder Berufsbildungsbereich sollen stattdessen die Rehabilitationsträger, also die Bundesagentur für Arbeit oder die Rentenversicherungsträger,

die Kosten tragen.

Die Behindertenbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion Silvia Schmidt kritisiert das Vorge-

**Die Bundesregierung verabschiedet sich damit von einem tragenden Prinzip bundesdeutscher Sozialpolitik.**

hen der schwarz-gelben Koalition scharf: „Die Bundesregierung verabschiedet sich damit von einem tragenden Prinzip bundesdeutscher Sozialpolitik:

Dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben durch Steuern zu finanzieren sind. Es ist nicht einzusehen, dass künftig allein die Beschäftigten und die Arbeitgeber durch ihre Sozialversicherungsbeiträge diese Leistung finanzieren sollen.“

Die Änderung der Finanzierung soll durch das Gesetz sogar rückwirkend bis zum Jahr 2008 legitimiert werden. Der Bundesagentur für Arbeit entstehen so für die Vergangenheit Mehraus-

gaben in Höhe von 400 Mio. Euro, und in Zukunft in Höhe von 120 Mio. Euro jährlich. Auch würde erheblich belastet.

Für die Bundesagentur für Arbeit, die ohnehin mit einem Einnahmedefizit arbeiten muss, ist dies ein Schlag ins Kontor. Es überrascht daher nicht, dass der ansonsten sehr moderate Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Juergen Weise, sich jüngst in seinem Bericht im zuständigen Bundestagsausschuss über diese Regelung empörte.

>>> Im Arbeitsministerium selbst ist man sich übrigens uneins, ob die geplante Gesetzesänderung nicht sogar gegen das Grundgesetz verstößt. Die zuständige Fachabteilung des Bundesministeriums konnte sich allerdings nicht gegenüber der Haushaltsabteilung des Hauses durchsetzen. <<<

## SPD fordert Änderung des Sanktionsrechts

*Das Sanktionsrecht in der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss geändert werden. Dies haben zahlreiche Experten aus der Richterschaft, von DGB, Wohlfahrtsverbänden und dem Institut für Arbeitsmarkt-*



Anette Kramme, MdB

*und Berufsforschung in ihren Beiträgen zur entsprechenden Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag bestätigt.*

Die arbeits- und sozialpolitische Sprech-

erin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme sieht Änderungsbedarf insbesondere bei folgenden Punkten:

1. Wir brauchen mehr Flexibilität bei den Sanktionen. Wenn ein Arbeitsuchender erkennt, dass er einen Fehler gemacht hat, dann muss eine Sanktion auch zurückgenommen werden

- können.
2. Wir fordern eine weitergehende rechtliche Bewertung zur Prüfung der Frage, ob eine Sanktion das Existenzminimum einer Familie gefährdet.
  3. Bevor eine Sanktion verhängt wird, muss vorher zwingend eine schriftliche Belehrung erfolgen. Die Neuregelung der schwarzen
  - gelben Koalition, die unter bestimmten Voraussetzungen eine schriftliche Information für entbehrlich hält, schafft nur Rechtsunsicherheit.
  4. Die Leistungen für Unterkunft und Heizung sollten von den Sanktionen ausgenommen werden, weil sonst auch Familienangehörige in Haftung genommen werden für Fehlverhalten eines Einzelnen.
  5. Es gibt keinen erkennbaren Grund, warum Jugendliche härter sanktioniert werden als Ältere. Hier muss abgerüstet werden.
- Die Arbeitsmarktexpertin fordert die Bundesregierung auf, hier Lösungsvorschläge zu präsentieren.

## Berliner Betriebsrätekonferenz diskutiert Zukunft der Gesundheitspolitik

*Auf der letzten Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion stand das Thema Gesundheit im Mittelpunkt.*

"Gesundheit zukunftssicher organisieren" – das ist eine der wichtigsten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. SPD-Politikerin Anette Kramme freute sich deshalb, dass auch in diesem Jahr mehr als 250 Betriebsräte ihrer Einladung nach Berlin gefolgt waren.

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier, dem SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach und mehreren externen Experten diskutierten die Arbeitnehmervertreter, wo die Herausforderungen für moderne Gesundheitspolitik liegen und wie insbesondere



Karl Lauterbach, MdB

in den Betrieben selbst für mehr Gesundheit am Arbeitsplatz gesorgt werden kann. Die Betriebsräte für die SPD ein wichtiger Mittler, um praktische Erfahrungen vor Ort einzubringen und Verbesserungsvorschläge zurück in die Unternehmen zu tragen.

Gesundheit ist dabei nicht nur ein persönliches Glück. Auch die Unternehmen haben bei wachsendem Fachkräftemangel zunehmend ein Interesse daran, den Krankenstand zu senken sowie fittere und zufriedener

Mitarbeiter zu haben. Betriebliches Gesundheitsmanagement wird eines der Kernthemen der kommenden Jahre sein.

Die Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft sind in den Augen der SPD gigantisch. „Schon heute leisten in Gesundheit und

Pflege fast sechs Millionen Arbeitnehmer Dienst am Menschen. Künftig können bis zu einer Million neuer Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft geschaffen werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Gesundheitswirtschaft auch in Zukunft den Patienten dient und dass die Beschäftigten "Gute Arbeit" haben, die sie nicht selber krank macht," beschrieb Anette Kramme die Perspektiven, die es zu gestalten gelte.

### Impressum:

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:  
Anette Kramme, MdB

Anschrift:  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 71462  
Fax: 030 – 227 76464  
anette.kramme.ma11@bundestag.de

Redaktion:  
Timo Maurer